

# Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate pro 6spaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Reklamenzeile 1.— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. L. e. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Fernsprecher Nr. 30



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. L. e. m. b. in Braubach.

Postkassentkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark,

durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mark.

von derselben frei ins Haus geliefert 9,45 M.

Nr. 136

Braubach a. Rhein, Samstag, den 19. Juni 1920

30. Jahrgang.

Zum Aus- und Auf-  
schneiden heben!

## Der Lohnabzug für Steuerzwecke.

Die neuesten Bestimmungen.

Sorben werden die letzten Bestimmungen für die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn in Zentralblatt für das deutsche Reich veröffentlicht.

Danach hat jeder Arbeitgeber bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 % des Arbeitslohns, und zwar des Barlohns, einbehalten. Treffen Barlohn und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf 20 % des Barlohns. Werden also monatlich 30 M. in bar gezahlt und 300 M. nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet, so sind doch nur 18 M. (20 % des Barlohns) abzusetzen.

Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug besteht für jede vom 25. Juni 1920 ab statufindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 25. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Auseinandersetzungen des vor und nach dem 25. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausbezahlt wird, entfällt dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. Juni empfangen, keine Härte, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handelt, und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen wird, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden muß.

Die Einzahlung des einbehaltenen Betrages erfolgt entweder durch Verwendung von Steuermarken oder durch unmittelbare Einzahlung an die Steuerbehörde des Arbeitgebers.

Verwendung von Steuermarken.

Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.

Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkasse einzuliefern und zu entwerfen. Steuermarken von 10 M., 50 Pf., 1 Mark, 5 Mark, 25 Mark sind bei den Postanstalten zu beziehen. Die Entwertung erfolgt durch Eintragen des Tages der Verwendung; allgemeine ähnliche Abstriche sind zulässig (s. B. 10. Okt. 20). Grundsätzlich soll die Einlieferung und Entwertung von Steuermarken bei jeder Lohnzahlung erfolgen, auf Antrag kann jedoch gespart werden, daß für ständig beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalenderjahres einwertet oder einbezahlt werden.

## Jugendzeitung.

Neue Lehrerschaft, eine Forderung der Schüler.

Von einem Schüler.

Die Schule ist eine der wichtigsten Grundlagen für ein geordnetes Staatsleben. Da aber die Schule, wie sie heute noch zum großen Teil ist, sich gegenüber den Zeitverhältnissen als unzulänglich und unzulänglich erwiesen hat, muß auch sie, genau wie das Staats- und Wirtschaftsleben, reformiert werden. Ein wichtiger Faktor der Reformation sind aber die Schüler. Darum hört auf diese unsere erste Forderung ist eine Lehrerschaft, die uns versteht oder doch sich bemüht, uns zu verstehen. Ein Lehrer der Jugend muß an Herz und Geist selbst jung sein und bleiben, muß Mitgefühl und Liebe für die Jugend haben, muß Idealist sein und es als seine Hauptaufgabe ansehen, die Jugend unter fürsorglicher, stützender Leitung für das spätere Leben vorzubereiten. Wir wollen Lehrer, die nicht bloß Grammatikregeln eintrichtern, nicht bloß die Wissenschaften lehren, sondern auch zum Guten und Schönen anregen und erziehen. Mit Lehrern, die den guten Willen der Schüler durch übertriebene Anforderungen zuwichte machen, im Unterrichte nicht genügende Klarheit schaffen, sondern uns nötigen, Vätern, Oheimen oder älteren Schülern zu betragen, ist uns nicht gedient.

Wir wünschen darum Lehrern, die nicht aus materieller Notwendigkeit diesen wichtigen Beruf ergriffen haben, sondern Menschen, die aus Liebe zur Jugend zum Erziehungsberuf getrieben worden sind. Freunde wollen wir, die uns kraft ihrer größeren Erfahrung und reichen Kenntnisse mit Rat und Tat zur Seite stehen, nicht Unterdrücker und Abwörter. Und wir werden lernen, darauf könnt ihr euch verlassen!

Der Lehrerschaft, die diese unsere Ideale besitzt, unsern Danks und Wünschen Verständnis entgegenbringt und treulich ihre ganze Kraft der Jugend widmet, rufe ich im Namen der Schülerschaft ein „Heil“ entgegen.

Der Betrag der entwerteten Marken ist in die Steuerkarten einzutragen.

U mittelbare Einzahlung bei der Steuerstelle des Arbeitnehmers.

Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Genehmigung des Antrages noch vor dem 25. Juni zu erreichen, muß der Antrag schleunigst eingereicht werden.

Die Einzahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die Einzahlung erst innerhalb der ersten zehn Tage nach Ablauf eines Kalendermonats erfolgt.

Gleichzeitig mit der Einzahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Nachweisungen können vom Ende des Monats ab bei den Finanzämtern bezogen werden. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuerbehörde gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung zurück.

Die einkommensteuerfreien Beträge (1500 M., 500 M., 200 M.) werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Eine Anrechnung der 1920 einbehaltenen Steuermarken der vom Arbeitgeber bei der Steuerbehörde auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

Zuviel entrichtete Beträge werden grundsätzlich auch nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt. Zur Vermeidung von Härten ist jedoch schon eine vorübergehende Zurückzahlung für solche Fälle vorgesehen, in denen die vom Arbeitnehmer für das Rechnungsjahr 1920 monatlich zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 % des monatlichen im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitseinkommens des Arbeitnehmers beträgt; entsprechender Antrag ist vom Arbeitnehmer beim Finanzamt zu stellen.

Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und die Entrichtung von 10 % des Arbeitlohnes neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

## Die Welt in Sackleinwand.

Vom amerikanischen „Overall“.

Ein b... Schicksal gehört jetzt fast allen zur Eleganz. Denn in der 2000. Strophe unseres endlosen Klammerebes über die irdische Zeit stehen die Preise für neue Anzüge angedruckt, so hoch angedruckt, daß nur ein an den Schwanzel gewöhntes Auge sie ansehen kann. Ihre Wendung zum Besseren haben die meisten unserer Kleidungsstücke schon durchgemacht, und so macht sich langsam aber sicher eine Herrschaft mit Franzen breit. Das gilt eben nicht bloß für uns, sondern für die ganze Welt, ja selbst für das angeblich so reiche Amerika; auch hier sind die Leute bereits zu arm, um gegen die Teuerung aufzukommen. Man erzählt sich brühen mit einhelliger Stimme die rührende Geschichte eines gewerbemäßigen Unternehmers, der vor Ablauf seiner Straffreiheit beantragt wurde, aber schon 1920 darauf

## Die heutige Jugendbewegung.

Von S. Babbit, Vengerich i. B.

Die jungen Leute heiderlei Geschlechts, teils noch Schüler, teils Studierende, teils auch beruflich Tätige, wollen sich mit Gleichgesinnten aller Nationen und Klassen zusammenschließen und durch gemeinsames Wirken bessere Zeiten erstreben, nicht in Bezug auf das materielle Leben, sondern auf eine ethische Hebung der Menschheit.

Einige Grundzüge der „Weltjugendbewegung“ sollen hier wiedergegeben werden: Der Erzieher sei nur ein Helfer und Ratgeber; der Mensch hat sich selbst zu erziehen. Die in uns schlummernden Kräfte müssen zur vollen Entfaltung gelangen können. Das Kind soll denken lernen (was nach Ansicht der Jugendforscher in der heutigen Schule nicht erreicht wird). Jeder hat an der Entwicklung der andern Menschen mitzuarbeiten. Man schadet sich selbst, wenn man andern schadet. Gesellschaftliche Stellung und größere Verantwortung erhöhen nur die Verantwortlichkeit, dürfen aber nicht als Verdienst angesehen werden. Aus eigener Erfahrung soll sich jeder eine eigene Überzeugung bilden und danach handeln. Unsere Väter sind nicht dazu da, von uns gerichtet zu werden, sondern wir müssen trachten, sie zu verstehen. Nur über uns selbst dürfen wir harte Urteile fällen. Man strebt einer Verbrüderung zu, die nicht die Gegensätze, sondern die versöhnenden Elemente sucht.

Wenn man so sieht, wie die heutige Jugend innerhalb dieser Kreise dem Hergebrachten feindselig gegenübersteht, so kann man die Befürchtung nicht unterdrücken, daß — falls diese Gedanken durchdringen — eine Zeit der frassensten Gegensätze zwischen den Generationen sich entwickeln muß. Besonders das Urteil über die Schule ist stark ablehnend. Der Eindruck, den man in den Versammlungen der Jugendlichen gewinnt, ist recht geteilt. Ich treue mich, daß so viel ethisches Streben, ein so inniger Wunsch nach Verbesserung unserer gewiß nicht guten Zustände in der Jugend lebt. Das Suchen nach einer höheren, weniger materialistischen Weltanschauung und die ausgeprägte Konzentrierung auf Ideale

voll Entsetzen in die Strafanstalt zurückkehrte, und ganz energisch darauf bestand, den Rest seiner Strafe abzuhängen, da es ihm nicht einfiel, sich bei so hohen Lebensmittelpreisen in der Welt herumzutreiben; er müßte andernfalls sein immerhin mit einigem Risiko verbundenes „Geschäft“ von neuem aufnehmen, und das widerstrebe ihm, da er nicht mit Schiebern verwechselt werden wolle.

Die große Teuerung in den Vereinigten Staaten hat nunmehr auch die Kleidung ergriffen, und der 18-Dollar-Anzug kostet jetzt 50 bis 60 Dollar. In dieser Bekleidungsnot fannen die Amerikaner auf Nahe und Abhilfe. Man kann, was die Kleidung angeht, nicht ganz zur billigen Natur zurückkehren, weil man über einige Schicksalsgesetze und Strafrechtsparagrafen stolpern würde, aber mit der Rückkehr zur Einfachheit läßt sich auch schon etwas schaffen. Auf Grund dieser Einsicht hat man den „Overall“ gefunden, das Schutzkleid der Maschinenarbeiter, das aus einer weiten Hose mit Brustflap besteht und jetzt einfach statt des Anzuges getragen wird. Schmeißende von Leuten haben sich in den Overall-Klub zusammenschlossen und kleiden sich mit Begeisterung in Sackleinwand, auch bei Empfängen. Unter ihren Getreuen leben die neuen Klubs Industrielle, Kaufleute, Ärzte, Anwälte, Künstler, Bioefforen, aber auch Damen. Viele tausend Damen haben sich gegen die teuren Kostüme verschworen und lassen die Macht ihrer Schönheit in einfachen Kleidern aus Zeug wirken, was das Zeug hält. Die Bewegung hatte zunächst zur Folge, daß der „Overall“ von 5 auf 10 und 12 Dollar — gefallen ist. Aber schließlich ist Sackleinwand immer noch billiger als Tuch und Seide, und wir könnten da getrost mithalten, wenn wir, ja, wenn wir — Sackleinwand hätten!

## Verbot deutscher Lieder im Rheinland.

Auf amtlicher Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes hat der Kommandierende General der Rheinlande in der durch die französische Armee besetzten Zone „infolge von Bruchfällen und um Unruhe zu vermeiden“, verboten, daß in der Öffentlichkeit oder unter Verhältnissen, die der Öffentlichkeit offenstehen, deutsche Symphonien oder Lieder, welche provokierenden Charakter gegen Frankreich tragen, gesungen werden. Verboten sind u. a. „Die Wacht am Rhein“, „Deutschland, Deutschland über alles“, „Heil dir im Siegerkranz“, „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, der „Hahnenkampf“. Ferner wird in der französisch besetzten Zone unter allen Umständen das Flagen in Nationalfarben, sei es in den alten oder in den neuen, verboten. Jede Übertretung wird als Ungehorsam gegen den von den französischen Militärbehörden gegebenen Befehl betrachtet und als solcher bestraft.

Stets wirkt hoffnungserweckend. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß man in der Form und auch in der Zielsetzung in einer Weise radikal vorgeht, die zwar jugendlich ist, aber der Gefahren viele in sich birgt. Eine Weltgemeinschaft eigener Erlebnisse, das Verkennen des guten Willens der Eltern und Lehrer (unter denen doch auch weitsehende Persönlichkeiten sind) muß auf den reiferen Menschen beunruhigend wirken.

Mancher Konflikt wird sich in kommender Zeit zwischen alt und jung entwickeln, schärfer, als die in jeder Epoche herrschende Gegensätzlichkeit zwischen den Generationen sie immer mit sich brachte; dem werden wir nicht ausweichen können. Alle können aber danach trachten, der Gedankenwelt der jungen Leute nicht tragvermeint gegenüber zu stehen; jeder soll mit ihnen über ihre Ziele sprechen, sie in dem, was sie für gut halten, zu fördern suchen, und es wird nur förderlich sein, wenn sich auch die älteren Personen von dem Feuer der Jugend ergreifen lassen.

## Vermischtes.

Zeppelinluftschiffe in Amerika. Die Erfolge der Zeppelinluftschiffe haben eine amerikanische Interessengemeinschaft veranlaßt, mit Vertretern der Zeppelinluftschiff in Verbindung zu treten. Bisher wurde ein Luftschiff zum Preise von 700 000 Dollar in Auftrag gegeben. Welches Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Zeppelinluftschiffe gesetzt wird, geht daraus hervor, daß sich bereits jetzt eine Reihe amerikanischer Kapitalisten mit dem Besitzer der Automobilfirma Henry Ford an der Spitze für die Errichtung einer Luftschifflinie New York—London—Berlin, für die vorläufig ein Kapital von 15 000 000 Dollars zur Verfügung steht, einsetzt. Zu diesem Zweck ist bereits die Errichtung von Zeppelinwerken in Amerika in Erwägung gezogen. Aber nicht nur die Luftschiffe, sondern auch die deutschen Flugmaschinen haben in der neuen Welt Anklang gefunden. So erreichte kürzlich ein von dem deutschen Erfind

- \* Nach der Ablehnung Dr. Meyers hat der Reichspräsident den Zentrumsführer Fehrenbach mit der Kabinettsbildung beauftragt.
- \* Zum Nachfolger Severings als Reichs- und Staatskommissar für den Industriebezirk ist der mehrheitssozialistische Redakteur Rehlitz aus Dortmund ernannt worden.
- \* Beim Untersuchungsausschuss für die Märzvorgänge ist gegen 691 Offiziere Anklage erhoben worden.
- \* Das Kabinett Stolitt ist endgültig gebildet und hat dem König den Eid geleistet.

### Doch ein Kabinett Fehrenbach?

Meyer-Kaufbeuren hat abgelehnt, die Kanzlerschaft zu übernehmen. Sein Fraktionskollege aus dem Zentrum, der Präsident der Nationalversammlung, Herr Fehrenbach, ist nunmehr bereit, das Kabinett zu bilden unter Einwirkung der Deutschen Volkspartei — so stellte sich das vielfach wechselnde Bild der Regierungsbildung am Donnerstag nachmittags dar.

Der vor 24 Stunden schon die Lösung des Rätsels gefunden zu haben glaubte, wie wir aus der alten zu einer neuen Regierungskoalition gelangen können, der sah sich alsbald wieder einigermaßen enttäuscht. Der am Mittwoch entstandene Block der Mitte entspannte sich bei genauerem Zusehen als eine Verbindung von Zentrum und Demokratischer Partei, während die Deutsche Volkspartei, statt den notwendigen Dritten im Bunde zu spielen, lediglich einen oder den andern Sachminister stellen sollte, sich im übrigen aber an der politischen Verantwortlichkeit für die Fortführung der Reichsgeschäfte nicht zu beteiligen gedachte. Eine sehr gekünstelte Lösung, die wohl nur bei äußerster Notlage und geschickter Spitzführung für einige Zeit Erfolg verspricht. Die Deutsche Volkspartei bezieht sich, noch ehe ihre Anhänger in Lande recht erfahren hatte, um was es sich handelte, von dieser Notlage des Herrn Trimborn so weit wie möglich abzurufen, und man kann es danach nur als Klärung bezeichnen, daß Dr. Meyer-Kaufbeuren die ihm zugeordnete Ehre, ein solches Zweiparteienkabinett in Spa zu vertreten, ablehnte. Sehr begreiflich, daß er es vorzieht, in Paris der Erste zu bleiben, anstatt in Berlin ein Kabinettamt zu übernehmen, dem offensichtlich ungleich mehr Gegner als Anhänger zur Verfügung standen.

Sein rascher Entschluß hat auch die Berliner Unterhändler sofort wieder auf andere Wege gebracht. Herr Trimborn erneuerte am Donnerstag vormittag die Besprechungen mit den Führern der Deutschen Volkspartei und errietete, daß diese nunmehr ihre Zustimmung zum vollen gleichberechtigten Eintritt ihrer Parteigenossen in den Regierungsbund der Mitte aussprachen. Jetzt erst kann von einer Koalition der bürgerlichen Mittelparteien die Rede sein. Wie die Demokraten haben auch Zentrum und Deutsche Volkspartei ihre sachlichen Programmforderungen formuliert, ehe volle Einigung über den Kurs, der gesteuert werden soll, erzielt wurde, und Herr Fehrenbach wird sich nun wohl nicht mehr länger sträuben dürfen, an die Spitze der neuen Regierung zu treten. Bedenken hat er gehabt, und er hat sie gewiß nicht als Augenbild. Aber daß das Zentrum jetzt den leitenden Staatsmann stellen muß, darüber herrscht so ziemlich auf allen Seiten volle Übereinstimmung. Auch wenn es nicht die Stärke der bürgerlichen Parteien wäre, müßte es sich diesem Zwang der Umstände fügen. Herr Fehrenbach wird sich vielleicht leichter dazu entschließen, aus dem Brühlgebäude des Reichstages nach dem Rangierpalais in der Wilhelmstraße zu übersiedeln, weil bei der neuen Kabinettsbildung ausdrücklich unter den — wie soll man sagen? — „Vertragsstehenden“ festgelegt wurde, daß sie nicht etwa nur sich zu einem Übergangsministerium zusammenschließen wollten. Will also sagen: für die Zeit, bis die Konferenz von Spa überstanden ist. Bisher wurde bereits die Prophezeiung ausgesprochen, daß die Mehrheitssozialisten nur dieser zweiten Auflage von Versailles aus dem Wege gehen wollten, um sich nachher um so entschiedener wiederum in die einstweilen geräumten Ministerstühle niederzulassen. Die sozusagen inoffiziell hinzugezogenen Deutschen Volksparteiler wären also, wenn solche Behauptungen wirkliche Grundlagen gehabt hätten, nur Platzhalter für andere gewesen. Wie gesagt, man hat gegen diese Auffassung eine papierene Mauer aufgerichtet. Ob und wie lange sie halten wird, ist natürlich eine andere Frage.

bleibt nun noch die Neubestellung derjenigen Reichsämter, deren bisherige Inhaber infolge des Wechsels der Seiten vom Schauplatz abtreten müssen. Ein Geschäft, das sich hoffentlich glatter und würdiger vollziehen wird, als es in früheren Fällen manchmal geschah ist. Was über Herr Fehrenbach als neuen Kanzler des Deutschen Reichs zu sagen ist, mag aufgeschoben bleiben, bis wir vor vollendeten Taten stehen. Daß er selbst Mittwoch noch ablehnte, an die Spitze der Reichsgeschäfte zu treten, hatte, wie wir glauben möchten, ganz triftige Gründe. Wenn er jetzt über sie hinweggeht, so sicherlich nicht deshalb, weil er dem Glanz der Stellung, die ihn jetzt erwartet, nicht länger widerstehen kann. Aber das Pflichtgefühl ruft, und eine andere Wahl scheint nicht mehr möglich zu sein. Das Wagnis muß also unternommen werden. Vielleicht rechnet Herr Fehrenbach darauf, daß auch andere Leute das rechte Verständnis für die Lage aufbringen werden, in der er sich befindet.

### Staatsreich in Griechenland.

Der ränkevolle Venizelos.

Nach Meldungen aus Athen herrscht dort eine ungewöhnliche Spannung. Man befürchtet für die nächsten Tage einen Staatsstreich oder die Revolution. In der Bevölkerung geht das Gerücht, Venizelos habe es durchgesetzt, den König Alexander zum Rücktritt zu veranlassen, um Griechenland zur Republik zu erklären. Die antimonarchistische Presse führt eine ungewöhnlich scharfe Sprache gegen das Intrigenspiel des Ministerpräsidenten. „Chicago Tribune“ bestätigt die Konferenz zwischen dem König Alexander von Griechenland und dem Erzherzog Konstantin in der Schweiz. König Alexander erklärte, er wolle dem Thron entsagen und hat seinen Vater, wiederum die Regentschaft zu übernehmen. Die plötzliche Reise Venizelos nach Paris bezweckte, den König Alexander anzulocken und ihm klar zu machen, daß eine Rückkehr seines Vaters unmöglich sei. Er, Venizelos, sei entschlossen, in diesem Fall die Republik Griechenland zu proklamieren und sich zum provisorischen Präsidenten zu ernennen.

### Das befreite Flensburg.

Jubel der Bevölkerung.

Flensburg war am Mittwoch Zeuge eines historischen Tages: mit dem Schläge 12 sanken die vier Flaggen der internationalen Kommission auf dem Dache des Flensburger Hofes. Es war ein Schauspiel von nur wenigen Minuten. Der Platz war durch Polizei und städtische Volkswache abgesperrt. Als die Fahnen niedergingen, präsentierten sie Generalsekretär Bruce, der die internationale Kommission vertrat, und die französischen Offiziere grüßten ihre Farben, dann schritt Herr Bruce die Front ab, und die Truppen zogen wieder fort. Das Publikum brach in entscheidenden Augenblick in Jubel aus. Das Schleswig-Holstein-Lied und „Deutschland, Deutschland über alles“ dröhnten auf. Nüchtern erschienen oben im Fenster des Dachgeschosses des Hofes zwei kleine schleswig-holsteinische Fahnen, die von Angestellten des Flensburger Hofes herausgeholt worden waren. Aus dem zweiten Stock des Nebenhauses wurde eine deutsche Fahne entrollt. Brausende Hurras erfüllten die Luft, als man das gewohnte. Die blau-weißen Fahnen mußten auf Geheiß der Kommission sofort wieder entfernt werden. Beim Abmarsch der Alpenläger ging ein Pfeifen und Johlen durch die Menge, und die Frauen hielten sich; zu Zwischenfällen ist es jedoch nicht gekommen. Nach Aufhebung der Absperrung roogte die Menge vor dem Hotel auf und ab, und Herr Bruce, mit dem Monokel im Auge und der unermüdbaren Zigarette, sah mit einem verächtlichen Buge um den Mund auf das Volk, das seine Freude, nun endlich wieder frei zu sein, kaum zu zügeln vermochte. Um 12 Uhr 30 Minuten trafen die beiden Minister Dr. Köster und Severing mit dem schleswig-holsteinischen Begleitschwarm ein. Sie wurden offiziell von den städtischen Behörden am Bahnhof begrüßt. Ihnen zu Ehren fand ein kleines Frühstück statt.

### Prozeß Scheidemann-Sonnenfeld.

Berlin, 17. Juni.

Die vierte Strafkammer des Landgerichts I eröffnete heute die Verhandlung gegen Hermann Sonnenfeld, welcher der Verleumdung Philipp Scheidemann, des jetzigen Oberbürgermeisters von Kassel, angeklagt ist.

In der Deutschen Zeitung war unter der Überschrift „Der Fall Scheidemann-Sonnenfeld“ ein Artikel erschienen, in dem eine Erklärung des Angeklagten Sonnenfeld im wiedergegebenen wurde des Inhalts, daß auch ihm gegenüber feinerseit von einer Herrn Scheidemann sehr nahestehenden Seite erklärt worden sei, daß für die Tötung von Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 100 000 Mark von Scheidemann und Sonnenfeld bereitgestellt worden seien. Der Artikel stütze sich auf Angaben des jüngeren Sonnenfeld, der feinerseit in Holland interniert war. Er hatte seinem Verteidiger Rechtsanwalt Grünwald einen ausführlichen Bericht geschickt, in welchem es hieß: „Ich kann unter Eid und unter Angabe von Zeugen aussetzen, daß ich feinerseit als höchster unterer Regierungsbeamter den Auftrag erhalten hatte, demjenigen eine Bräute von 50 000 Mark auszusuchen, der Liebknecht oder die Luxemburg tot in den Reichstag einleiten würde. Sonnenfeld junior will auch von dem Sohne des vielgenannten Stars erfahren haben, daß dieser mit Scheidemann 100 000 Mark für die Tat ausgelegt habe.“

Die Vernehmung des Angeklagten gestaltete sich, nachdem ein Vergleichsvertrag geschlossen ist, sehr ausführlich, da Sonnenfeld jetzt auf seine persönlichen Verhältnisse, die Geschichte der Revolution usw. eingeht und vielerlei Dinge erzählt, die in nur losem Zusammenhang mit der Anklage stehen. Der Vorsitzende verweist ihn wiederholt auf die Beschuldigungen gegen Scheidemann, Sonnenfeld sagt, er habe schon viel Material gegen Scheidemann besessen und habe es vertriebenen Personen vorgelegt. Er sei verhaftet worden und nun sei der Brief seines Sohnes mit den bezüglichen Angaben gekommen.

Justizrat Werthauer, der Rechtsbeistand Scheidemanns, erklärt, der Brief des Sohnes Sonnenfeld und die ganze Aktion sei einfach ein Erpressungsmanöver gewesen. Der Angeklagte sagt, er habe nicht behauptet, daß Scheidemann die Bräute ausgesucht, sondern daß der damals im Dienste Scheidemanns stehende Dienk das erzählt habe. Eine Erpressung will er nicht bejahen haben.

### Die Reichsschulkonferenz.

Berlin, 17. Juni.

Am Donnerstag begann die Reichsschulkonferenz wieder ihre Vorkonferenzen, nachdem die Ausschüsse in der vorhergehenden zwei Tagen eine Anzahl Leitsätze formuliert hatten. Besondere Anregung boten die Arbeiten des Ausschusses für Volkshochschulen.

Die von den Referenten vorgelegten Leitsätze bildeten den Ausgangspunkt der Aussprache. In dem Namen Volkshochschule wird der Ausschuss fest, obwohl viele Vertreter gern eine andere Bezeichnung gesehen hätten, weil er auch durch die Reichsverfassung festgelegt ist und ferner der Hamburgische Staat die Volkshochschule bereits in den Organismus des neuen Schulwesens eingegliedert hat. Bruno Hägel fordert mit Nachdruck eine stärkere Volkshochschulbildung für die Massen und eine energische Bekämpfung der gegenwärtigen Kampfgegner der Volkshochschule, das Kino in der gegenwärtigen Gestalt, des Varietés und ähnliches. Der Vorsitzende des Deutschen Vortruppbundes stellte die freie Volkshochschulbildung auf dem flachen Lande dar und wies auf die Notwendigkeit ihrer wirtschaftlichen Förderung durch den Staat hin. Die Volkshochschulen und das freie Bildungswesen müssen nach der Auffassung des Ausschusses von jeder Beeinträchtigung seitens des Staates freigehalten werden. Der Verpflichtung, sie finanziell zu stützen, dürfen sich aber Staat und Gemeinden nicht entziehen. Für die Arbeit an der Volkshochschulbildung wurden besonders dazu geeignete und dafür ausgebildete Kräfte gefordert. Nicht jeder Unterrichtsleiter, Oberlehrer oder Volkshochschullehrer sei dafür geeignet, sondern nur ein Mensch, der mit starker innerer Einstellung für die Volkshochschulbildung eine große Begabung, Klarheit und Ansehen zu sprechen verbindet.

### Staatsbürgerliche Erziehung.

Nach längeren Verhandlungen fasste der Ausschuss für Staatsbürgerkunde Leitsätze mit folgendem Inhalt: „Durchführung des gesamten Lehrstoffes und Schullebens aller Schulgattungen mit dem Geiste staatsbürgerlicher Bestimmung ist Grundvoraussetzung für jeden Unterrichtsfortschritt in der Staatsbürgerkunde. In der Abschlussklasse der Volkshochschulen und in den entsprechenden Klassen der Mittel- und höheren Schulen ist Staatsbürgerkunde als gesondertes Unterrichtsfach mit in der Regel zwei Wochenstunden, in den Fortbildung- und Berufsschulen in entsprechender Stundenzahl einzuführen. Lehrstoff und nach Maßgabe der verschiedenen Schulgattungen die Grundsätze und Grundgedanken der Verfassung, der Wirtschaft, der Verwaltung im steten Hinblick auf Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Das Ausland ist vergleichend heranzuziehen, die überstaatliche Rechtsordnung ist zu berücksichtigen.“ Die Ausbildung der Lehrer für diesen Unterricht erfolgt auf der Hochschule. Für die schon im Amt stehenden Lehrer werden vorläufige staatsbürgerkundliche Kurse, später auch Fortbildungskurse vorgeschlagen.

### Deutsches Reich.

\* Republik Preußen. Der Verfassungsausschuss der preussischen Landesversammlung begann die Einzelberatung des Entwurfs der Verfassung. § 1 lautet in der Regierungsvorlage: Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches. Ein deutsch-nationaler Antrag, der das Wort „Republik“ durch „Freistaat“ ersetzt wissen wollte, wurde von den Vertretern beider sozialdemokratischen Parteien und der Demokraten bekämpft und gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums abgelehnt. Die Gegner des Antrags erklärten, daß sie jeden Schein vermeiden möchten, als ob irgendein Zweifel darüber bestehen könne, daß sie sich auf die republikanische Staatsform festlegen wollen. Gleichfalls abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen des Antragstellers, wurden zwei Anträge des Vertreters der Unabhängigen Sozialdemokratie, von denen der eine auspricht, daß die Mitglieder des Hauses Hohenzollern für alle Zeiten abgesetzt sind, während der andere die Familiengüter des Hauses Hohenzollern als Eigentum der preussischen Republik erklärt. Es wurde geltend gemacht, daß man die Verfassung nicht mit Fragen verknüpfen dürfe, die an anderer Stelle ihre Regelung finden.

\* Die Untersuchung der Märzvorgänge. Beim Untersuchungsausschuss für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurteilung erkannt, während der Rest durch Verurteilung und Niederlegung seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat, für Beschwerden von Unterpersonal vollständig, mit einem Offizier, Unteroffizier und einem Zivilreferenten errichtet worden.

\* Kautsky über den deutschen Kommunismus. In einer Unterredung mit einem italienischen Pressevertreter erklärte Kautsky, in Deutschland sei eine kommunistische Revolution völlig ausgeschlossen. Es werde höchstens kommunistische Episoden geben. Das Bürgertum sei zu stark und zu gut organisiert und werde jede derartige Bewegung erstickend. Dagegen sehe er, Kautsky, den Sieg des Sozialismus in England voraus.

### Belgien.

\* Der Kaiser-Prozeß. Auf eine Anfrage erklärte der belgische Minister des Innern, daß die alliierten und assoziierten Mächte nicht daran dächten, den Deutschen Kaiser in contumaciam abzurufen. Die Bildung eines Justizauschusses, der sich mit der Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofes in Haag befassen solle, stehe, wie der Minister weiter ausführte, mit der Frage der Aburteilung und Auslieferung des Kaisers in keinerlei Zusammenhang.

### Griechenland.

\* Venizelos' Schreckensregiment. Die italienische Presse veröffentlicht eine Unterredung mit dem in Mailand weilenden Griechenkönig. Konstantin erklärte, nach allem ihm aus Griechenland zugehenden Nachrichten wünsche das griechische Volk einmütig seine Rückkehr. Das Volk sei der Terrors müde, den Venizelos ausübe. Die innere Lage sei jammervoll. Venizelos habe über 5000 hohe Beamte, Richter und Offiziere abgesetzt. Hinrichtungen und Kerkerstrafen seien an der Tagesordnung. Jetzt bereite Venizelos die Wahlen vor, um mit Hinterlist, Betrug und Gewalt die Volkswillen zu fälschen. Das werde Venizelos aber nicht gelingen, und der König werde zur Verhängung seines Volkes stehen. Zum Beweis für die Wahrheit seiner Ausführungen verweist Konstantin auf den französischen Admiral Darlanc und auf General Sarrail, die beide in vernichtenden Schriften Venizelos gebrandmarkt und Konstantin entlastet haben.

### Türkei.

\* Neue Angriffe der nationalistischen Armeen. Die türkischen Nationalisten haben den Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorkosten in den armenischen Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Ereğli besetzt und von den französischen Besitzern eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Bergwerke an die nationalistische Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalistischen Truppen kam es zum Kampfe, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. Die türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit unter Munitionsmangel zu leiden hatten, ist bei der Einnahme von Bofam ein großes Depot mit Artilleriemunition in die Hände gefallen, das die Deutschen im Winter 1917 in der Nähe des Lauris-Tunnels errichtet hatten. Weder die Engländer noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionsvorräte verüßert.

### Frankreich.

\* Deutschlands Abrüstung. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einen Bericht Lescares über die deutsche Abrüstung entgegen. Der Minister gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn Deutschland auch gewisse Punkte des Vertrages ausüben würde, es doch im ganzen genommen keinen guten Willen an den Tag lege, wodurch die Ausführung verschleppt werde. Er gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß es der Entschlossenheit und der Übereinstimmung unter den Alliierten schließlich doch gelingen werde, von Deutschland die vollständige Ausführung der Bedingungen zu erlangen, die ihm auferlegt wurden.

### Aus In- und Ausland.

\* Basel. Die Zusammenkunft zwischen Lord George und Millerand wird in Boulogne nur mer stattfinden. Der Finanzminister Marshall, Marshall Foch und General Beggand werden daran teilnehmen.

\* Basel. Die „Voller Nachrichten“ melden aus Paris, daß eidgenössische Abgeordnete in der französischen Kammer die Gewährung der Autonomie Elsas-Vosbringens beantragt haben, und zwar unter Revision des Friedensvertrages.

\* Rom. Die italienische Regierung hat die Wiedererrichtung der deutschen Konulate, auf die Deutschland nach dem Friedensvertrage keinen Anspruch hatte, ausgeschlossen.

### Arbeiter und Angestellte.

\* Enghoven. Beendigung des Kohlenstreiks. Da die Forderungen der Kohlen in der Hauptsache erfüllt wurden, kann der Streik als beendet angesehen werden. Die veraltete Kohlenordnung wird von der Hamburger Deputation für Handel und Schifffahrt revidiert. Die endgültige Abklärung erfolgt im Einvernehmen mit dem Reich, das das Kohlenwesen spätestens am 1. April 1921 übernimmt.



